



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung am 11.06.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Torsten Schiedung	stellvertretender Ausschussvorsitzender, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertreter für Herrn Sehrndt
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Axel Sommer	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Joachim Berkes	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Körner
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Frau Dr. Kreuzfeldt
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger, Teilnahme bis 19:04 Uhr
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Jascha Rihm	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schaper	Sachkundiger Einwohner
Jirka Schuppe	Sachkundiger Einwohner
Benedikt Weiß	Sachkundiger Einwohner
Cornelius Wohlgemuth	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Thomas Mirtschink	Leiter Team Bestandspflege Wirtschaft
Andreas Blümner	Leiter Team Digitale Stadt
Nico Schröter	Leiter Fachbereich Städtebau und Bauordnung
Katrin Flint	Protokollführerin

Gäste

Mark Lange	Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
------------	--

Entschuldigt fehlten:

Henry Körner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Patricia Fromme	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tim Kehrwieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Waseem Aleed	Sachkundiger Einwohner
Iris Bereuther	Sachkundige Einwohnerin
Maria Gringer	Sachkundige Einwohnerin
Sebastian Sell-Römer	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wurde vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, **Herrn Torsten Schiedung**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schiedung sagte, dass keine Punkte auf die Tagesordnung zu setzen sind.

Er verwies auf folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 6.1

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung
Vorlage: VIII/2025/00815

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 6.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01073

→ **Antragsteller hinzugekommen (Fraktion Volt/MitBürger)**

→ **Beschlussvorschlag geändert**

Herr Schiedung sagte, den Antrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 auf September zu vertagen.

Herr Raabe sagte, den Antrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 6.3 ebenso auf September zu vertagen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.05.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2024 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VIII/2025/01149
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung
Vorlage: VIII/2025/00815 **vertagt**
- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01073
- 6.3. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Abschaffung der Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen
Vorlage: VIII/2025/01108 **vertagt**
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren"
Vorlage: VIII/2025/01240
 - 7.2. Mitteilung zur Kooperationsvereinbarung zum eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau
Vorlage: VIII/2025/01250
 - 7.3. Information zum Thema Leitbild Marktplatz
Vorlage: VIII/2025/01326
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur wirtschaftlichen Bedeutung des Laternenfests
Vorlage: VIII/2025/01128
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.05.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zu einem Digitalprojekt

Der Fragesteller bezog sich auf einen Presseartikel der Mitteldeutschen Zeitung vom heutigen Tag. In dem Artikel ging es darum, Müllfahrzeuge mit entsprechender Technik auszustatten und 360 Grad Panoramaaufnahmen von Straßenräumen zu erfassen. Er fragte, ob Halle (Saale) mit der Firma Cyclomedia bereits eine Kooperation hat oder beabsichtigt

eine Kooperation abzuschließen, und nach dem Mehrwert/Ziel von 360 Grad Panoramaaufnahmen im Straßenraum.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass Halle (Saale) keine Kooperation mit der Firma Cyclomedia hat. Intention ist, Künstliche Intelligenz für die Bewirtschaftung der Stadt effizienter zu gestalten. Die Stadt Leipzig nutzt beispielsweise Müllfahrzeuge, um Informationen zu akquirieren, um schneller Kenntnis über illegal abgelegten Sperrmüll zu erhalten, über Straßenlöcher oder Graffiti-Schmierereien. Inwiefern Halle (Saale) hier agieren wird, ist noch nicht entschieden. Er habe mit der Stadtwerke Halle GmbH insofern über die Thematik gesprochen, inwieweit die Möglichkeit besteht, diese Technik für Halle zu übernehmen. Hinsichtlich des Datenschutzes bestehen keine Bedenken. Die Europäische Union ist der Wirtschaftsraum in der Welt, der im Punkt Datensicherheit und ethische Standards bei KI ganz oben agiert.

Es gab keine Nachfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.05.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.05.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2024 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VIII/2025/01149

Herr Schiedung beantragte Rederecht für Herrn Mark Lange von der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH. Das Rechtrecht wurde erteilt.

Herr Lange sagte, dass das Jahr 2024 sehr erfolgreich war. Die eigenen Produkte sind sehr gut angekommen und waren nachgefragt. Die Produkte aus dem Salz Shop kommen bei Besucherinnen und Besuchern sehr gut an. Er sagte, dass der bisherige Mieter, die Halloren Schokoladenfabrik, im Februar 2024 aus dem Marktschlösschen ausgezogen ist. Das Ladenlokal stand neun Monate leer. Eine Nachnutzung konnte über einen Zeitraum von sechs Monaten nicht gefunden werden. Wunsch war ein Café oder ähnliches, was zur touristischen Ausrichtung passend gewesen wäre. Insofern entstand die Idee Salzgeschichte, gebettet in einen Shop, und dies war der Beginn des Shops Salz & Mehr.

Frau Ranft fragte, ob mittel- und langfristig geplant ist, sich von städtischen Zuschüssen zu entketten.

Herr Lange sagte, dass dies nicht geplant ist. Zu den Aufgaben eines Stadtmarketings gehört nicht nur der Verkauf von Produkten, sondern weit mehr. Er sagte, dass der Zuschussbetrag seit mittlerweile 24 Jahren gleichgeblieben ist. Die immensen Erhöhungen für Druckerzeugnisse, Miete, Betriebskosten etc. werden momentan durch eigene Produkte ausgeglichen. Gänzlich alles allein in Eigenregie zu bewerkstelligen, ist nicht denkbar und unmöglich.

Herr Busch sagte, dass ein Rückgang an Gruppenführungen im städtischen und musealen Bereich zu verzeichnen ist. Digitale Angebote sind ein Grund dafür. Er fragte, ob es weitere Gründe für den Rückgang gibt und wie Halle (Saale) im Vergleich zu anderen Städten dasteht.

Herr Lange sagte, dass vor zwei Jahren ein Ticketsystem eingeführt wurde. Im Jahr 2022 lag die Gästezahl bei 81.000, aktuell bei circa 50.000. Wenn digitale Produkte angeboten werden, kommt der Gast nicht mehr in die Tourist-Information und Zusatzprodukte und Führungen können nicht angeboten werden.

Er sagte, dass die Auslastung der Führungen sehr unterschiedlich war. Die Führungen wurden entsprechend zeitlich angepasst. Unter der Woche wurde von drei auf zwei Führungen reduziert, am Wochenende hingegen um eine Führung erhöht. Augenscheinlich sind die Führungen rückläufig, sie wurden aber nur zeitlich angepasst.

Herr Busch sagte, dass es einen Aufwuchs an geringfügig Beschäftigten gibt. Er fragte, ob dies mit weiteren Aufgaben des Stadtmarketings zusammenhängt.

Herr Lange sagte, dass es ein Bestandspersonal von vier Personen gibt, die Tourist-Information aber sieben Tage die Woche geöffnet hat. Daher bedarf es personeller Unterstützung. Wie in den vergangenen Jahren liegt die Zahl bei 40 Angestellten, die teilzeitbeschäftigt sind. Umgerechnet entspricht dies 25 Vollzeitstellen.

Herr Raabe sagte, dass Ende 2023 ein Leasingvertrag ausgelaufen ist. Die monatlichen Leasingraten betragen 62 Euro. Der neue Leasingbetrag beträgt 473 Euro monatlich. Er fragte nach den Gründen. In der Vergangenheit wurde erklärt, auf Carsharing umsteigen zu wollen.

Herr Lange sagte, dass der einstige Leasingvertrag für den Bus ausgelaufen ist. Der neue Leasingvertrag kostet 437 Euro. Ebenso ist der Leasingvertrag für ein Elektro-Smart für 62 Euro ausgelaufen, auch dieser wurde neu angeschafft.

Herr Raabe fragte, ob inzwischen geprüft wurde, ob die Bezahlung der Angestellten entsprechend dem TVöD angepasst werden kann.

Herr Lange sagte, dass die Thematik seit zwei Jahren regelmäßig erörtert wird. Die Gehälter wurden der Eingruppierung im öffentlichen Dienst gegenübergestellt. Es ergibt sich ein Delta von 884 Tausend Euro jährlich. Er sagte, mit der Verwaltung im Dialog zu sein, Stufensysteme stehen zur Diskussion. Aufgrund der städtischen Haushaltslage ist eine entsprechende Anpassung aber schwierig.

Es gab keine weiteren Nachfragen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu der nachfolgenden Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 24.04.2025:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von 467.293,05 Euro und einen Jahresüberschuss in Höhe von 29.240,39 Euro.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von 29.240,39 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Mark Lange) für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2024.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten** **Vorlage: VIII/2025/01073**

Herr Schiedung sagte, dass der Antrag im Zuge der Diskussionen geändert wurde. Die Stellungnahme der Verwaltung bezieht sich auf den ursprünglichen Antrag. Er brachte den Antrag kurzerhand ein.

Herr Raabe sagte, dass ein zukunftsfähiger Weg eingeschlagen werden soll und warb um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, der Digitalisierung gegenüber sehr aufgeschlossen zu sein. Der vorliegende Antrag wird aber abgelehnt.

Herr Höhne sagte, dass bereits im Jahr 2019 begonnen wurde, das vorhandene Schließsystem auf Turnhallen zu erweitern. Die Zugangsberechtigungen werden zentral verwaltet. Die Verwaltung ist bestrebt im Zuge von Sanierungsmaßnahmen von mechanischen Schließsystemen auf digitale Schließsysteme umzustellen und die Schließsysteme auf die elektronische Zutrittskontrolle umzuwandeln.

Herr Heym fragte, ob der geänderte Antrag noch immer in die Rechte des Oberbürgermeisters eingreift.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Ranft sagte, dass das Abstimmungsverhalten zum Antrag von einer möglichen Rechtswidrigkeit abhängt.

Herr Raabe sagte, dass der Antrag die Beauftragung einer Konzepterstellung vorsieht. Dies sollte keinen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters darstellen.

Herr Heym fragte, ob die Antragsteller eine Vertagung bis September für möglich halten. Bis dahin sollte eine Antwort der Verwaltung auf eine mögliche Rechtswidrigkeit vorliegen.

Herr Schiedung stellte klar, dass sich die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung auf den ursprünglichen Antrag bezieht und dieser war rechtswidrig. Mit Änderung des Beschlusstextes sollte keine Rechtswidrigkeit mehr vorliegen. Eine Vertagung des Antrages wäre möglich.

Frau Dr. Wünscher stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Einführung digitaler Zugangssysteme eines **digitalen, barrierefreien Zugangssystems** für die Sporthallen und Sportplätze **städtischen Sportstätten und Schulturnhallen** in Halle zu erarbeiten. **Dieses System soll ebenso die Nutzungsbeantragung, Vergabe und Abrechnung durch Digitalisierung vereinfachen und flexibler gestalten.** Dabei werden die wirtschaftlichen und technischen Aspekte (**auch durch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse**) sowie Erfahrungswerte aus anderen Kommunen berücksichtigt. **Ebenso sollen Aussagen zum Datenschutz, zur Datensicherheit (ISMS) und zur Ausfallsicherheit getroffen werden.** Die Verwaltung legt dem Stadtrat dieses Konzept zur Beratung und Beschlussfassung bis zur Sitzung des Stadtrats am 24.09.2025 vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren"
Vorlage: VIII/2025/01240

Herr Mirtschink informierte anhand einer Präsentation zum Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Dr. Odparlik sagte, mit dem Eigentümer vom Objekt Marktplatz 20 im Gespräch zu sein. Der erste Mietvertrag ist unterzeichnet. Zwei weitere Mietverträge sind in Vorbereitung. Sobald diese abgeschlossen sind, wird voraussichtlich im Herbst 2025 ein entsprechender Bauantrag gestellt. Beim Objekt Marktplatz 23/24 sollen 2026 die ersten Eröffnungen erfolgen. Es geht in erster Linie um die unterste Ebene.

Sie informierte, dass vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung der Projektantrag „HAL City“ im Landesprogramm „Sachsen-Anhalt Digital 2030“ für den Aufbau eines datengestütztes Innenstadtmanagements als weiteres Modul des Digitalen Zwillings der Stadt Halle (Saale) gestellt wurde. Der entsprechende Zuwendungsbescheid ging in der vergangenen Woche ein.

Herr Heym gab seine Erfahrungen wieder und berichtete, wie er andere Innenstädte wahrgenommen und kennengelernt habe. Die Kombination aus Gastronomie und Handel muss neu gedacht und umgesetzt werden.

Frau Ranft sagte, dass es sehr positiv ist, dass es mit dem ehemaligen Kaufhof-Gebäude Fortschritte gibt. Sie fragte, ob die Rolltreppe im Objekt verbleibt oder umgebaut wird und wie dahingehend die weiteren Etagen mitgedacht werden.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass der Eigentümer bereit wäre, sobald die Bauanträge gestellt und die Mietverträge unterzeichnet sind, im Ausschuss über die Pläne zu informieren.

Grundsätzlich wurde in der Vergangenheit seitens des Eigentümers bereits die Idee vorgestellt, die Rolltreppen zu entfernen und eher einen Lichthof zu entwickeln. Die Umsetzung dieser Idee wird von möglichen Mietern und deren Bedarfe abhängig sei. Von der Grundstruktur her ist das Gebäude sehr solide, es gibt drei Aufgänge und lässt verschiedene Zugänge zu.

Herr Raabe fragte, warum der Förderantrag der Fashion Revolution Week abgelehnt wurde.

Herr Mirtschink informierte, dass diese Entscheidung des unabhängigen Gremiums seiner Erinnerung nach vor dem Hintergrund des Themas der Doppelförderung und entsprechender Förderkriterien gefallen ist.

Herr Raabe bezog sich auf einen Förderantrag zur Errichtung der Genscherbank und fragte, ob der Antrag zurückgezogen wurde.

Herr Lange sagte, dass es sich in erster Linie um eine Sitzgelegenheit handelt, auf derer die Figur Genscher sitzt. Die Bank wäre flexibel und nicht im Boden verankert. Das Projekt beläuft sich auf 60 Tausend Euro. 45 Tausend Euro wurden bereits über Sponsoren eingenommen. Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, sollen auch Blumenkübel und ähnliches angebracht werden. Dafür diene der Antrag.

Vertagt wurde er aufgrund der Standortfrage. Es gibt Meinungen, die den Marktplatz als Standort ungeeignet sehen, da der Markt zu überfrachtet ist. Die Sponsoren hingegen sehen den Marktplatz sehr wohl als geeignet an. Die Sponsoren wollen die Bank nicht in Nebenstraßen sehen oder in Randgebieten der Stadt. Sollte dem so sein, droht die Rücknahme der Förderzusage.

Er sagte, dass im Gremium die Standortfrage noch einmal diskutieren wird. Es soll eine flexible Bank sein, die überall stehen kann. Es könnte ein regelmäßiger Standortwechsel stattfinden.

Herr Raabe fragte, ob es neben den Sponsorengeldern noch weitere Förderungen geben wird.

Herr Lange sagte, dass es für den Bereich drum herum (Kübel, Pflanzen etc.) noch Gelder bedarf.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass noch kein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Genscherbank getroffen wurde. Den Marktplatz nach Sponsorenwünschen zu sanieren ist wohl nicht der richtige Weg. Der Antrag der FDP-Fraktion sah in seiner Begründung vor, eine Bank zu errichten, weil Herr Genscher Ehrenbürger der Stadt ist. Ein Beschluss dazu wurde noch nicht getroffen. Wenn es um die Ehrung von Herrn Genscher geht, wurde bereits vielseitig agiert. Der Bahnhofsvorplatz wurde nach ihm benannt, es gibt eine Straße, und es gibt eine Schule, die seinen Namen trägt. Sie sagte, dass zuerst eine Grundsatzentscheidung zu treffen ist und dann über weitere Entscheidungen zu diskutieren ist. Sie sagte weiterhin, dass das Thema keinen so großen Aufschlag im Stadtrat hätte geben sollen. Im Sinne, die Person in der Öffentlichkeit nicht zu beschädigen, sind solche Überlegungen vorab zu beraten.

Herr Schiedung stimmte Frau Dr. Wünscher zu und sagte, die Thematik heute nicht auszudiskutieren.

Frau Ranft stimmte den Äußerungen von Frau Dr. Wünscher ebenso zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2 Mitteilung zur Kooperationsvereinbarung zum eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau
Vorlage: VIII/2025/01250

Frau Dr. Odparlik führte ein, dass die Verwaltung die Ausschussmitglieder, vorab einer Beschlussfassung im Stadtrat, über die beabsichtigte Kooperationsvereinbarung zum eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau informieren möchte. Die internen Abstimmungen sowie die Abstimmungen mit den Unternehmen sind erfolgt, so dass zügig mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Herr Blümner sagte, dass im halleschen Osten 115 Anschlüsse gefördert ausgebaut werden sollen. Der potenzielle Fördermittelgeber, das Land Sachsen-Anhalt, verlangt als Bedingung den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung über den eigenwirtschaftlichen Ausbau.

Frau Ranft fragte, wann die Mitteilungen zu den Tagesordnungspunkten 7.1 und 7.2 im Ratsinformationssystem Session hinterlegt worden sind.

Herr Schiedung regte an, Mitteilungen mindestens einen Tag vor einer Ausschusssitzung zu hinterlegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Berkes sagte, bereits in einer der vergangenen Ausschusssitzungen über massive Postwurfsendungen und Einladungen zu Informationsveranstaltungen im Ortsteil Rosengarten berichtet zu haben. Die Verwaltung habe damals geantwortet, dass es sich um private Informationsveranstaltungen handelt. Er bat um Aufklärung.

Herr Blümner sagte, mittels einer Kooperationsvereinbarung eine Verbindlichkeit mit den Telekommunikationsunternehmen zu erzielen. Diese sollen ihre Pläne zum Ausbau der Stadtviertel darlegen. Die Umsetzung soll koordiniert erfolgen. Eine Kooperationsvereinbarung als symbolischer Akt ist ein positives Signal nach außen, dass Verwaltung und Unternehmen gemeinsam am Ausbau arbeiten.

Herr Heym sagte, dass die Kritik zur verspäteten Einstellung der Informationsvorlagen richtig ist. Eine Vorbereitung zur Thematik war dadurch nicht möglich. Um hier Abhilfe zu schaffen, regte er an, die Informationsvorlage auf die Tagesordnung des Hauptausschusses am 19.06.2025 zu setzen. Dies bietet den Mitgliedern die Möglichkeit der Vorbereitung.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass die Kritik nachvollziehbar ist. Sie betonte, dass eine Kooperationsvereinbarung Voraussetzung ist, um einen Antrag für einen geförderten Glasfaserausbau stellen zu können. Halle (Saale) ist bereits gut versorgt, aktuelle Zahlen liegen zwar noch nicht vor, aber im letzten Jahr lag der Breitbandausbau bei 79 Prozent.

Herr Kerzel sagte, dass es gut ist, dass der Anschluss diesmal bis ins Haus erfolgen soll.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass der Anschluss der öffentlich geförderten Infrastruktur nicht bis in Haus erfolgt. Dies ist eine privatwirtschaftliche Maßnahme auf Basis der bestehenden Glasfaserinfrastruktur. Der letzte Schritt der Verlegung ins Haus erfolgt immer vertraglich zwischen Hauseigentümer und Telekommunikationsunternehmen.

Herr Blümner ergänzte, dass die Kooperationsvereinbarung ausschließlich den eigenwirtschaftlichen Ausbau betrifft und Voraussetzung für eine Antragstellung und 100-prozentige Förderung ist.

Herr Berkes bat um nähere Informationen, warum nur der hallesche Osten versorgt werden soll.

Herr Blümner sagte, dass nur der eigenwirtschaftliche Ausbau der Telekommunikationsunternehmen betroffen ist. Diese haben im Rahmen eines Markterkundungsverfahrens festgelegt, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau vorgesehen ist. Gleichwohl ist die Kooperationsvereinbarung Bedingung für die Antragsteller für einen geförderten Breitbandausbau. Im halleschen Osten gibt es drei Cluster, die noch unterversorgt sind.

Herr Raabe sagte, dass die Vereinbarung in einigen Punkten schwammig formuliert ist.

Herr Blümner sagte, dass die Vereinbarung mit allen Telekommunikationsunternehmen getroffen wird und daher Textlücken enthält. Die Unternehmen entscheiden selbst, ab wie vielen Haushalten ein Ausbau erfolgt.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass die Thematik komplex ist. Sie legte das Verfahren dar.

Die Telekommunikationsunternehmen verlegen in weiten Teilen des Stadtgebiet Glasfaser in die Erde und bieten den Hauseigentümern dann entsprechende Verträge an. Kommt ein Vertrag zustanden, erfolgt der direkte Anschluss ins Haus. Es gibt jedoch Straßenzüge, wo sich der Verbau von Glasfaser für die Unternehmen nicht lohnt, weil zum Beispiel zu wenig potenzielle Kunden in der Straße vorhanden sind.

Es gibt die Möglichkeit geförderten Glasfaserausbau zu beantragen, umso alle Bereiche im Stadtgebiet mit Glasfasernetz abzudecken. Die Verwaltung hat dazu ein Markterkundungsverfahren durchgeführt und in Erfahrung gebracht, wo Unternehmen ausbauen werden und in welchen Bereichen nicht. Der hallesche Osten hat hier einen Bedarf. Das Land möchte durch eine Kooperationsvereinbarung sicherstellen, dass die Telekommunikationsunternehmen auch in den Stadtgebieten den Anschluss ins Haus legen, obwohl sie dort selbst keine Glasfaser in die Erde verlegen.

Herr Schiedung sagte, dass die Verwaltung die Anregung von Herrn Heym prüfen sollte und dann möglicherweise noch eine Behandlung der Thematik im Hauptausschuss erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt ergänzte, dass die Informationsvorlage zu spät eingestellt wurde.

zu 7.3 Information zum Thema Leitbild Marktplatz Vorlage: VIII/2025/01326

Herr Schröter informierte über das Thema Leitbild Marktplatz.

Herr Schaper fragte, ob im Konzept auch konkrete Vorgaben für Markthändler und Gastronomen vorgesehen sind.

Herr Schröter sagte, dass eine Prozesskoordinierung erfolgen wird und es auch einzelne Arbeitsgruppen geben wird. Mit Beschlussfassung können keine Kriterien zum Wochenmarkt festgesetzt werden. Dies erarbeitet die jeweilige Arbeitsgruppe.

Herr Berkes fragte, wer in den Arbeitsgruppen vertreten sein wird und ob die Einwohnerinnen und Einwohner mit einbezogen werden.

Herr Schröter sagte, dass das Instrument „Marktkonferenz“ impliziert wird. Eine erste Tagung ist für Ende des Jahres geplant. Es wird eine Information der bisher gelaufenen Maßnahmen geben und ein Feedback eingeholt werden, wie die Stadtgesellschaft die Maßnahmen wahrnimmt. Die Arbeitsgruppen selbst sind aus unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung zusammengesetzt. Alle Belange werden durch ein sogenanntes „Marktmanagement“ koordiniert. Diese Stelle soll neu geschaffen und ggf. beim Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung angegliedert werden.

Frau Ranft sagte, positiv überrascht zu sein. Ihre anfänglichen Bedenken, dass beim Thema Leitbild Marktplatz eine Umzäunung des Händeldenkmales im Vordergrund steht, ist nicht so. Dies wird nicht thematisiert. Sie freue sich auf die erste Marktkonferenz und den dargestellten Ergebnissen.

Herr Heym sagte, dass die Auswertung von erfolgten Maßnahmen auf der Marktkonferenz mitunter negative Stimmung verbreiten könnte. Positive Aspekte könnten unbeachtet bleiben. Er regte an, Ergebnisse auch auf andere Weise zu präsentieren.

Herr Schuppe fragte, ob die Verwaltung auch mit Vereinen im Gespräch ist, die sich für die alte Stadtpräsenz stark machen.

Herr Schröter sagte, dass im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung auch Akteure, die sich für eine Errichtung des Barockportals des Alten Rathauses stark machen, mit vor Ort waren. Vor- und Nachteile wurden diskutiert und ein Alternativstandort zur Prüfung vorgeschlagen.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur wirtschaftlichen Bedeutung des Laternenfests Vorlage: VIII/2025/01128

Herr Schiedung fragte nach, warum keine Marktinstrumente genutzt werden, um eine eigene Auswertung der wirtschaftlichen Vorteile und Umsätze des Laternenfestes in Erfahrung zu bringen. Er fragte weiterhin, ob es Ideen/Vorstellung zur Verringerung des Deltas gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass bei der Planung von Festen der Aspekt der Wertschöpfung mitbetrachtet wird. Für das nächste Jahr ist eine prozentuale Erhöhung des Anteils für Sponsoren geplant und die Einführung eines Konzeptes. Kulturschaffende, die durch die Verwaltung finanzielle Unterstützung erhalten, sollen sich ebenso am Laternenfest beteiligen und präsentieren.

Herr Lange sagte, dass bei einer Besucherzahl von 185.000 Personen eine breite Masse befragt werden müsste, um einen repräsentativen Einblick zu erhalten. Hochrechnungen sind nicht zielführend. Bei einer so hohen Besucherzahl ist der Aufwand nicht unerheblich, es bindet viel Personal. Dies durch einen externen Dritten vollziehen zu lassen wäre finanziell sehr teuer.

zu 8.2 Herr Raabe zum Wirtschaftsförderungskonzept

Herr Raabe fragte nach einer Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzeptes und wann dieses dem Rat vorgelegt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Thematik bekannt ist und dem Rat vorgelegt werden wird.

zu 8.3 Herr Raabe zum Onlinedienst Einbürgerung

Herr Raabe sagte, dass einige Landkreise einen Onlinedienst zur Einbürgerung etabliert haben. Die Verwaltung hatte signalisiert auch einen Onlinedienst einzuführen. Mitte des Jahres sollte eine Abstimmung mit der Kommunalen IT-Union zur Anbindung stattfinden. Er bat um einen aktuellen Stand.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass dies ein Dienst nach dem Onlinezugangsgesetz ist, wofür ihr Fachbereich nicht zuständig ist und daher nur schriftlich von der zuständigen Dienststelle beantwortet werden kann.

zu 8.4 Frau Ranft zum Hansetag

Frau Ranft fragte, welche Verpflichtungen auf die Stadt Halle (Saale) durch die Zusage, dass der Internationale Hansetag im Jahr 2034 in Halle stattfinden wird, zukommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, die Thematik in den Ausschüssen zu beraten. Juristisch ist man nicht gebunden.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Schiedung bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Torsten Schiedung
stellvertretender Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
Protokollführerin